

Kuheren Graf Berchtold und die inwischen auf gewalttätige Weise aus der Reihe der Lebenden geschiedenen beiden Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Stephan Tisza waren. Deutschlands Schuld bestand nur in seiner Rabelungstreue, in seinem Willen, an der Seite des Bundesgenossen, diesem zum Schutz, in den Kampf zu treten, und die Verpflichtungen eines Bündnisses zu erfüllen, das deutscher Größe zum Fluch und Untergang werden sollte. Die Berliner Reichsregierung hatte reichlich in der kritischsten Zeit aller Epochen deutscher Geschichte einen tiefbedauerlichen Mangel an Selbständigkeit und Voraussicht gezeigt und die Ausführung folgenschwerer Entschlüsse der Wiener Regierung überlassen. Wenn irgend jemand in der dunklen Geschichte der Julitage 1914 getücht wurde, so war es das Berliner Kabinett durch das Wiener und nicht umgekehrt.

In Deutschland hat man über alle diese Dinge bis in die höchsten Kreise hinein bis zum gegenwärtigen Augenblick der deutsch-österreichischen Unthätigkeiten nichts gewußt. Das Nachrichtenamt Englands und Frankreichs wegen der angeblichen Berliner Kriegsschuld ließ schließlich selbst das deutsche Volk an diese glauben, bis endlich jetzt der ganze Welt die Wunde von den Augen genommen wird. Früher Auffklärung zu schaffen war nicht möglich, da ja die ehemalige I. und II. Regierung im Besitz des atomartigen Materials war und erst der katastrophale Zusammenbruch erfolgen mußte, ehe die Geheimarchive des Ministeriums des Äußeren auf dem Wiener Ballplatz ausgegraben werden konnten. Heute, nach den Veröffentlichungen des neuerschienenen Rotbuchs, steht es für alle unerschütterlichen Seiten eingegraben in die ergrünen Tafeln der Geschichte fest: Den Krieg wollten nicht Deutsche, nicht das Volk des Deutschen Reiches und nicht die Bewohner des heutigen Deutsch-Österreichs, diesen Krieg entzweiten großmännliche Aspirationen und slavische Geistes nach Unabhängigkeit und Loslösung vom alten Österreich. Kein wirklich deutscher Minister beschloß den Krieg: Graf Leopold Berchtold war alles andere als der Vertreter deutscher Politik. Er fühlte sich als Ungar, wiewohl er nicht diesem Lande entsprossen ist, genau im selben Maße, wie der Vollblutmagyar Stephan Tisza, und Graf Stürgkh hatte schon lange seines einst stark betonten Deutschthums vergessen und hielt es mit den Slawen, deren hochverräterische Politik ihm, dem furchtsichtigen, unsicheren Staatsmann, nicht recht zur Erkenntnis kam.

Die Ermordung des Kronprinzen Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Herzogin von Cobenberg in Sarajevo leitete bloß das Wasser auf die Mühlen jener Staatsmänner, deren politischen Ziele nur ein Krieg erfüllen konnte. Das dringende ungarische Staatsinteresse erheischte eine reflexive Auseinandersetzung mit Rumänien, von dessen Seite ein Bündnis mit Serbien gegen Ungarn drohte. Graf Tisza war zu dieser Zeit noch Kriegsgegner, jedoch bloß deshalb, weil er den Zeitpunkt des Vorkommens noch nicht für gekommen erachtete. Graf Berchtold aber war bemüht, den Widerstand des ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Hinweis auf das Drängen Berlins zu brechen. Die Entente hat mit Sabotage an der Falschmeldung freigegeben, daß der Krieg in dem sogenannten Potsdamer Kronrat beschlossen worden sei. Die immer wiederholte und niemals geglaubte deutsche Versicherung, daß es einen solchen Potsdamer Kronrat nie gegeben habe, ist heute auf das glänzendste in ihrer Wahrheit erwiesen, denn es ist eine geschichtliche Tatsache, daß der Kronratsbeschluss im gemeinsamen Ministerrat zu Wien am 7. Juli 1914, und zwar damals gegen die Stimme des Grafen Tisza, gefaßt worden ist. Dieser Ministerrat beschloß, eine derart scharfe Note an Serbien zu richten, daß keine andere Auslegung des Konfliktes als durch die Straft der Waffen übrigblieb. Dem alten, willensschwachen und regierungsunfähig gewordenen Kaiser Franz Joseph wurde diese ungeheure wichtige Note, deren Auswirkung indes die Befestigung zweier mächtiger Kaiserreiche war, wochenlang später bekanntgegeben, er hat sie erst am 16. August 1914 unterschrieben! Einer der radikalsten Wortführer des Krieges war der damalige Reichsfinanzminister Dr. Leon Ritter v. Bilinski, der Vize Bilinski, der heute in Warschau eine Führerrolle im neuen Polenreich spielt.

Das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien wurde am 20. Juli 1914 dem damaligen k. u. k. Gesandten in Belgrad, Freiherrn v. Wiesel, zur Überreichung an die Regierung Peters Karageorgewitsch überreicht. Hier entlieh die grundlegende Frage, ob Berlin Kenntnis von dem Ultimatum hatte, als es nach Belgrad ging, oder ob es gar, wie man sonst von Ententeleuten hörte, sein Urheber und Verleiher war. Das neuerschriebene Rotbuch gibt eine Auskunft, die fürderhin niemand wird anzweifeln können: Das Ultimatum ist von der ersten bis zur letzten Zeile, vom ersten bis zum letzten Worte in Wien verfaßt worden. Sein Schöpfer war der k. u. k. Gesandte Baron Alexander Pluskow v. Gomirje, ein Südbosnier. Deutschland hat das Ultimatum — mit Klammernschreibe! — am 22. (11) Juli 1914 erfahren. Der verbindliche Stein war schon längst abgerollt, als das Berliner Kabinett darüber unterrichtet wurde. Die Bedenken des damaligen österreichisch-ungarischen Vizekanzlers in Berlin, Grafen E. von Marich, gegen eine spätere Überreichung des Ultimatum in Berlin als in Belgrad wurden vom Grafen Berchtold in einer durchaus ungewöhnlich und undiplomatisch brüskierten Weise unterdrückt. Das überaus unglücklich abgefaßte deutsche Rotbuch vom 5. August 1914 hat somit ganz zu Unrecht von einem händigen Einvernehmen mit dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen gesprochen. Es war eine ritterliche Schonung des Verbündeten, die das deutsche Volk jetzt schwer zu büßen hat.

Eine weitere wichtige, unläßbare Schuld lud Graf Berchtold auf sich, als er die ihm von Deutschland rechtzeitig unterbreiteten englischen Vermittlungsvorschläge des Sir Edward Grey unbeantwortet ließ. Die Engländer mußten infolgedessen glauben, daß Deutschland die böse Absicht habe, in den Krieg zu treten, und bis heute hat England an diesem Irrtum festgehalten, denn niemand ahnte, daß Deutschlands Schuld am Kriege nur in der nachsichtigen Duldsamkeit der eigenmächtigen Handlungsweise Österreich-Ungarns bestand. Man mußte — damals mit Recht — annehmen, daß Deutschland sich seiner Führerrolle in der gemeinsamen reichsdeutschen — österreichisch-ungarischen Politik nicht geben habe und Österreich-Ungarn nur der Vollstrecker der Entschlüsse des mächtigeren und größeren deutschen Verbündeten sei. Was alle Welt zu glauben Grund hatte, warum sollten es die Feinde nicht glauben, in deren Interesse es lag, Deutschland vor dem Forum des Weltgerichtes als den Schöpfer des Weltkrieges zu brandmarken.

Heute beweisen mit unmeßbarer Schärfe Urkunden das Gegenteil. Aus der Konjunktur des deutschen Kaisers, der sie mit dem Verlust des Thrones, mit der Vertreibung

aus Triest und mit der Zerstörung seines Reiches büßte, aus der Schwäche Bethmann Hollwegs, nicht aber aus dem Willen beider, den Funken in das Pulverfaß zu werfen, entstand die Tragik des Weltkrieges. Das deutsch-österreichische Rotbuch ist eine klammernde Verleumdungsschrift Deutschlands. Es geht einfließen und schuldlos in sein namenloses Glied. . . .
Austriacus.

Am 23. Juli 1914.

Was ein Mitarbeiter des A. T. V. ausplaudert.
Für die Beurteilung der Frage, ob die Berliner Regierung rechtzeitig Kenntnis von dem österreichischen Ultimatum an Serbien erlangt hat, ist eine Enthüllung von Wichtigkeit, die ein früheres Redaktionsmitglied des halbamtlichen Wollfischen Telegraphen-Bureaus, Victor Schult, in der Soz. Rev. macht. Er schreibt:

Am Juli 1914 war ich Redakteur in der Berliner Zentrale von Wollfisch Telegraphischem Bureau. Als solcher machte ich am Abend des 23. Juli 1914 mit anderen Kollegen Dienst, als die in Belgrad um 6 Uhr überreichte Note der Wiener Regierung erwartet wurde. Als gemein wurde angenommen, daß die telephonische Übermittlung durch das amtliche Wiener Korrespondenzbureau gegen 7 Uhr spätestens gegen 8 Uhr erfolgen würde. Aber es wurde 8, 9, ja 9 Uhr, und der erwartete Anruf blieb immer noch aus. Inzwischen begannen aber auch die amtlichen Berliner Stellen neugierig zu werden: ein telephonischer Anruf folgte dem anderen. Namentlich das auswärtige Amt und die Reichskanzlei riefen fortwährend an: „Was ist mit der österreichischen Note? Was steht in der Note? Wo bleibt die Note?“ Unter den amtlichen Verantwortlichen, von denen ich mit Bestimmtheit sagen kann, daß sie diese und ähnliche Fragen telephonisch, und zwar wiederholt an uns richteten, sei hier der damalige Chef der Reichskanzlei, Bahnschaffe, die rechte Hand Bethmann Hollwegs genannt. Auf unseren Wiederholten Bescheid, daß wir noch immer nichts aus Wien erhalten hätten, hatten diese Herren dringend, man möchte ihnen den Inhalt der Note, sobald er gekommen wäre, telephonisch mitteilen. Erst gegen halb zehn Uhr erfolgte der erste Anruf des Wiener Korrespondenzbureaus, welches gleich mitteilte, das Dokument sei außerordentlich lang und werde kaum innerhalb fünf Minuten übermittelt werden können.

Als dies den oben erwähnten Stellen zur Kenntnis gebracht wurde, wuchs deren Nervosität augenscheinlich immer mehr, denn zuerst wollten sie, das man ihnen den Wortlaut, sobald er vorliege, durch Noten zutende, sodann aber — es war inzwischen schon 11 Uhr abends geworden — schickten sie dem Legationsrat v. Weber ins Wollfische Bureau, der auf das vollständige Dokument warten sollte.

Aus allen diesen Anrufen und Fragen ging für mich deutlich hervor, daß die Wilhelmstraße (das auswärtige Amt) das in Belgrad überreichte Dokument nicht kannte, und zwar weder in seinem Inhalt, noch in seiner Länge, noch in seinem Wesen. Sie wußten nicht, daß es ein Ultimatum war, denn sie fragte immer wieder nur nach der Note, und das unsere Staatsmänner keine Ahnung von der Länge des Schriftstückes hatten, geht aus der Note hervor, daß der Chef der Reichskanzlei Bahnschaffe sich unter dem Anrufenden befand, beweis, daß der erste Beamte des Reiches, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, ebensowenig von dem Charakter und dem Inhalt des verhängnisvollen Berchtold'schen Memorandum wußte, wie wir selbst.

Es ist selbstverständlich ganz und gar ausgeschlossen, daß irgendeiner dieser Herren vorläufig die Kommode gegenüber der Redaktion des Wollfischen Bureaus hat liegen wollen.

Diese Erklärung Schiffs, eines ernsten und zuverlässigen Journalisten, ist von größter Wichtigkeit; sie beweist mehr als alle Ausführungen des Rotbuches die Unschuld, aber auch die Fahrlässigkeit maßgebender Regierungstellen in Berlin in dem kritischsten Augen des deutschen Volkes.

Was die Presse sagt.

Deutsche Blätter.
Tägliche Rundschau: „So sah das Bündnis in Wirklichkeit aus: das militärisch, wirtschaftlich und kulturell unendlich überlegene Deutschland wurde von dem habbürglichen Diplomatenklingel als politisches Werkzeug benutzt, und zwar mit solcher Geschicklichkeit, daß es erst heute, nach dem „Frieden“ von Versailles und St. Germain möglich ist, dem eigenen Volke und der feindseligen Welt nachzuweisen, daß Deutschland zwar unfähig, aber friedliebend geleitet worden ist.“
Total-Anzeiger: „Es wird erzählt, daß Graf Berchtold durchaus nicht sich von Berlin gönnen ließ, sondern im Gegenteil, daß die deutsche Politik vollständig von dem österreichischen Minister im Schlepptau genommen wurde und die deutschen Staatsmänner im entscheidenden Augenblick gegen ihre bessere Überzeugung den österreichischen Forderungen nachgaben. Das man aber sich in einem solchen Krieg gegen die eigene bessere Urzeugung von einem schwächeren Bundesgenossen hineintreiben läßt, verriet eine solche Unfähigkeit, daß man es den Ententespartnern nicht verüben kann, wenn sie solchen Versicherungen Deutschlands bisher nicht Glauben geschenkt haben.“
Kreuzzeitung: „Unverständlich bleibt es, daß die deutsche Regierung in jenen unheilvollen Zuständen mit Rücksicht auf die ungeheure und klar erkannten schrecklichen Leiden, in die ganz Europa durch einen Weltkrieg gestürzt werden mußte, nicht mit größter Rücksichtlosigkeit gegen die politische Verantwortlichkeit, Berühmtheit und Inbalsam in Wien einspritzten ist. Selbst vor der Drohung einer Aufkündigung des Bündnisses durfte nicht zurückgeschreckt werden.“
Vollst. Zeitung: „Die deutsche Passivität, ein seltener Vorkämpfer Österreichs in Berlin und planvolle Ränke des leitenden Ministers auf dem Balkan — das sind die Elemente, die unmittelbar vor Kriegsausbruch zu entscheidender Bedeutung sich zusammenfanden.“
Berliner Tageblatt: „Aus den Akten . . . geht hervor, daß die alte deutsche Regierung samt dem Kaiser in unverantwortlicher Leichtfertigkeit Österreich-Ungarn ohne weiteres ihre Unterstützung zugesichert hat, ohne sich große Sorge über die ganze Tragweite einer derartigen Blankopollmacht zu machen.“

Die Wiener Öffentlichkeit.
Die gefasste Wiener Presse bezieht die Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges. Die Beurteilung der Schuldfrage sowie des Zeitpunktes und der Verantwortlichkeit der Veröffentlichung im jetzigen Augenblick ist je nach der Parteilichkeit der Blätter und ihrer während des Krieges beobachteten Haltung geteilt. Die „Arbeiter-Zeitung“ begrüßt die Herausgabe des neuen Rotbuches durch das Staatsamt des Äußeren, da hierdurch viele Wahrheiten enthüllt würden, welche allerdings niederdrückend seien, da sie unumwunden die Schuld der habbürglichen Regierung ergäben, von der der Krieg mit Vorbedacht beschloffen und mit Tüde in die Tat umgesetzt worden sei. Das Blatt hebt die Haltung der Berliner Regierung hervor, welche es mit den Vermittlungsversuchen ebenso aufwändig und ernst gemeint habe wie England. Einige freisinnige Blätter wie „Morgen“ meßen zwar auch die Hauptschuld der habbürglichen Regierung bei, verlangen aber die Herausgabe aller Dokumente und werfen die Frage auf, warum die Veröffentlichung nicht viel früher erfolgt sei, zu einem Zeitpunkt, wo sie die deutschen Stammesgenossen eben — wie das deutsche Volk in

Österreich von schwerem Verdacht hätte befreien und seine Lage bei den Friedensverhandlungen hätte verbessern können. Das „Neue Wiener Tagblatt“ und die „Neue Freie Presse“ halten andererseits den Zeitpunkt der Veröffentlichung für verfrüht. Sie bezeichnen mit Hinweis auf die tiefer liegenden Ursachen des Weltkrieges und auf gewisse Vorgänge in den Verbündeten die Enthüllungen aus einem einzigen Staatsarchiv als völlig einseitig und unzureichend und nicht geeignet, die volle Wahrheit an den Tag zu bringen. Sie begründen daher die Inermittlichkeit der Veröffentlichungen. Mit ähnlicher Begründung, doch weit schärfer lehnt die „Reichspost“ die Enthüllungen ab. Das Blatt präpariert dabei, daß die Hauptschuld da man zuerst aus Opportunität von Frankreich und England nicht sprechen dürfe, vor allem in Belgien und Betsburg gelegen habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.
Reichstagesarbeiten und Kommunalisierung. Auf der letzten Sitzung des Reichstages sprach Syndikus Dr. Haffke (Berlin) über die Frage der Kommunalisierung. Zunächst behandelte er das Problem der Verstaatlichung der Rinas und wünschte eine Ausdehnung der Kommunalisierung auf Stellen, ermittlungsanstalten, Privatparkassen und Apotheken. Jedoch wandte er sich energisch gegen die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels. Mit der Verstaatlichung des Lebensmittelhandels habe man bisher wenig Erfolge gehabt. Der Redner warnte überhaupt vor jeder Kommunalisierung, wenn die Gemeinden nicht imstande seien, mit der Verstaatlichung des Lebensmittelhandels zugleich auch die Erzeugung der vor ihr kommunalisierten Waren in eigene Regie zu nehmen.

Wahlüberlage der Unabhängigen in Braunschweig. Bei den in Braunschweig, Wolfenbüttel, Blankenburg, Helmstedt und Bad Harzburg vorgenommenen Magistratswahlen haben die Unabhängigen eine gängliche Niederlage erlitten. In der Stadt Braunschweig wurde der bisherige Oberbürgermeister gegen den Kandidaten der Unabhängigen mit überwältigender Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Die Reichswehr als Gerichtsvollzieher. In der Stadt Braunschweig ist der Volksheld, das Organ der Braunschweiger unabhängigen Sozialisten, in der Nacht von den rechtmäßigen Eigentümern, den Braunschweiger Wehrheitssozialisten, unter dem Schutz von Reichswehrruppen in Besitz genommen worden. Die unabhängigen Sozialisten hatten den Volksheld in der Revolutionsnacht im November vorigen Jahres besetzt, obgleich die Zeitung nach der Spaltung der alten Partei durch Gerichtsurteil den Wehrheitssozialisten zugesprochen worden war.

Unfähigkeit polnischer Beamter. In Schildberg in der Provinz Polen hatten die Polen den deutschen Bürgermeister gegen Zahlung einer Abfindung abgelehnt und einen Polen an seine Stelle berufen. Ob er dem Amte gewachsen war, war gleichgültig, Hauptsache, er war Pole. Seine echt polnischen Eigenschaften hatten bald die echt polnische Wirklichkeit zur Folge. Traurigen Verzens erschlöß sich die polnische Stadtverordnetenversammlung, ihn zu beiseiten und einen anderen echten Polen mit dem Amte zu betrauen. Das Ergebnis: Die Zustände in der Stadtverwaltung wurden immer polnischer. Aber der Geldbeutel der polnischen Steuerzahler wurde dünner, und das war peinlich. Was geschah, die polnische Stadtverordnetenversammlung holte sich den abgelehnten deutschen Bürgermeister zurück, der nun unter den von ihm gestellten Bedingungen die polnische Rarre wieder auf den Damm bringen muß. Da der deutsche Bürgermeister der polnischen Sprache nicht mächtig ist, so wird wohl oder übel in Schildberg die Sprache der Kommunalverwaltung eben wieder deutsch. Das gleiche wird auch aus dem städtischen Städtchen Trempeln berichtet.

Das fehlende Revolutionsideal. Auf dem Vortrage der Gewerkschaftslongre erklärte der Führer der Syndikalistischen Bewegung: Um Revolution zu machen, braucht man ein Ideal. Der Krieg hat den Idealismus getödet und alle schlechten Eigenschaften gemehrt, selbst in der Arbeiterklasse. Man will Geld, nicht als Geld. Das ist es, was die Revolution unmöglich macht. Man muß heute gegen die Woge der Unmoral, die alle sozialen Schichten, Arbeiterklasse noch mehr als die anderen, zu überfluten droht, ankämpfen.

Schulstreik und Steuervertwägung. Der Wotbarr Bauernbund fordert in einem Aufrufe zum Schulstreik aus. Die Vertrauensmänner des Bundes haben einstimmig folgende Forderungen beschlossen: 1. Zurücknahme des Religionsbekenntnisses; 2. Austritt des Ministerialbeamten für Schulwesen Jacobi; 3. Wiedereinsetzung der Schulinspektoren. Solange die e Forderungen nicht restlos erfüllt sind, darf kein Wotbarr Bauer seine Kinder zur Schule schicken. Gibt die Regierung auf diese Protestmaßnahme nicht nach, so wird die Bauernschaft jede Steuerzahlung an diese Regierung verweigern. Des weiteren wird die Bürgerchaft zum Anschluß an das Vorgehen aufgefordert. Der Schulstreik, den sich die große Mehrzahl der Wotbarr Ostschalten angeschlossen hat, beginnt so an.

Neue Regierungspräsidenten. Die preussische Regierung hat zu Regierungspräsidenten ernannt in Gumbinnen den Geheimen Regierungsrat Freiherrn v. Braun, in Frankfurt a. D. den Schriftsteller Ludwig Partsch, in Stralung den Stadtrat Dr. Hausmann aus Stettin.
Der ehemalige König von Bayern ist in Egmaringen bei seinem Schwiegerohn, dem Fürsten von Hohenzollern, zum dauernden Aufenthalt eingetroffen. Er hatte bisher in Bgers in Grafenbünden, wo ihm der Bischof von Thur in dem diesem gehörenden Jesuitenloster ein Asyl geboten hatte, gewohnt.

Aus In- und Ausland.
Braunschweig. Das Wahlergebnis für die Magistratswahlen in der Stadt Braunschweig stellt sich folgendermaßen dar: Deutschnationale 14 960, Deutsche Demokraten 11 688, Unabhängige 15 755, Wehrheitssozialisten 5950 Stimmen.
Damburg. Eine direkte Dampferlinie Damburg-Niederländisch-Indien ist mit dem holländischen Dampfer „Bombot“ eröffnet worden, der von Damburg nach Soerabaja (Java) abgegangen ist.

Amsterdam. Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Sowjetregierung beschloffen hat, mit den Ententespartnern auf der von diesen aufgestellten Grundlage in Verhandlungen einzutreten.
Wraffel. Der König empfing den holländischen Gesandten van Weede, der sein Abberulungs schreiben überreichte.

Washington. Wilson sagte in einer Rede, daß wenn Deutschland die Donnersollern wieder auf den Thron setze, Deutschland für immer aus dem Völkerverbunde und der Weltgemeinschaft entfernt werden müßte.

Hauptverfall

In seiner Sa...
schle der Deusch...
Zimmer und...
Volkes die bringen...
schaffstellen und...
zu lassen und...
Volkes wieder in...
Alle diese...
nulos verhallt; A...
fällen aber nur...
und eben dann...
Dem Deusch...
übrig, als dem Dr...
und erklärt, daß...
Kaufmann anstelt...
dringend benötigten...
sollten verfährt.

7. Vortr

Nach langen...
bigen Großh...
Mar mir doch...
Waldemar Sachs...
bemüht sind, die...
geschlossene Geme...
der Taufendlos...
ja! In die „So...
Gesse einen...
noch größerer...
Der interessante...
schon dem anderen...
Berleger Rainer...
gegen 1/2 Uhr...
liche vor kurzem...
W. Schmidt...
Vortragslich. Sei...
leine im Verein...
Wiederbelebung...
selbst einen ideal...
Schweigen die...
Kanden sticht...
die nun...
folgende...
die bekanntlich...
sondern ganz...
Kaffee, Jander...
schöne...
wurde, während...
schlepple. Ein...
zwei...
bese...
Charlot...
Die im...
Tage waren...
hoh...
Vinc...
einem...
Veip...
ber...
Sachs...
dann unter...
männliche...
Vortr...
wieder zu...
mit der...
wieder nach...
glückliche...
hätten.“

Welt

* Verj...
und in...
kurz...
langam...

„Ich habe...
Klang...
es nur...
konnte...
Stadt...
nur weil...
nur diese...
wahrster...
„Woht...
sich...
rig in...
„Dieses...
Ulrich...
Voren...
verkauft.“
„Verr...
und er...
niemals...
fährt...
den...
Reichst...
aus. Das...
kommen...
der...
hob...
Ausbr...
leihen...
hatte...
wachte...
sich...
stahlend...
jedem...
Begriff...
das...
seine...
ausgeben.“
„Eine...
Krisen...
man...“